

# **Kommunale Kriminalprävention als Stützpfiler der baden-württembergischen Sicherheitsarchitektur**

**Rede von Herrn Innenminister Heribert Rech**

**bei der Mitgliederversammlung des Vereins Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V. aus Anlass des 10-jährigen Bestehens, am 17. März 2008, im Veranstaltungszentrum Harres, St. Leon-Rot**

## **Begrüßung**

Sehr geehrte Damen und Herren...

mit der Empfehlung zur Einführung der Kommunalen Kriminalprävention im Jahr 1997 haben wir in Baden-Württemberg den Grundstein für ein solides Sicherheitsfundament gelegt. Sie alle wissen, dass Prävention bei der Polizei im Land groß geschrieben wird. Speziell die Kommunale Kriminalprävention ist inzwischen ein Stützpfiler und Markenzeichen der baden-württembergischen Sicherheitsarchitektur.

Hier im Landkreis wird seit Jahren in der Präventionsarbeit Beachtliches geleistet. Ich habe die Einladung zur heutigen Mitgliederversammlung des Vereins Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar gerne angenommen, nicht nur weil es Ihre Jubiläumsveranstaltung ist, sondern weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass diese - Ihre ehrenamtliche Arbeit - für unsere Gesellschaft enorm wichtig ist. Der Verein feiert dieses Jahr bereits sein zehnjähriges Bestehen. Er wurde am 5. Februar 1998 als Zweiter seiner Art in Baden-Württemberg gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, den Gedanken einer ganzheitlichen und vernetzten Kriminalprävention auf kommunaler Ebene aufzugreifen. Ich möchte den Verantwortlichen und allen, die in den letzten 10 Jahren aktiv mitgewirkt und zum Erfolg der kommunalen kriminalpräventiven Arbeit im Rhein-Neckar-Kreis beigetragen haben, herzlich danken. Die Bilanz für das Jahr 2007, die ich Ihren Vereinsnachrichten entnehmen konnte, belegt Ihr Engagement in eindrucksvoller Weise.

## **Gemeinsame Sicherheitsanalysen**

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, dass eine wirksame Kommunale Kriminalprävention ortsbezogen, fachübergreifend und gesamtgesellschaftlich ansetzen muss, denn Kriminalität entsteht auch nicht monokausal. Ursächlich für das Kriminalitätsgeschehen sind zahlreiche Faktoren. So können die

Entwicklungsbedingungen junger Menschen in Familie, Kindergarten, Schule und Arbeitsmarkt, die örtliche Bevölkerungs- und Infrastruktur, Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten, Wohnverhältnisse, Freizeitangebote, das Ausmaß der formellen und informellen Sozialkontrolle sowie die vor Ort gegebenen Tatgelegenheitsstrukturen die Entstehung von Kriminalität verhindern oder bei negativer Ausprägung eher begünstigen.

Erfolgreiche Kommunale Kriminalprävention setzt deshalb eine gemeinsame, fundierte Analyse der Sicherheitslage durch Polizei und Kommunen voraus. Ein Ziel ist es, schnell und zuverlässig Kriminalitätsbrennpunkte zu erkennen. Und dies in einem Stadium, wo die „Lage“ noch beherrschbar ist. Ein kleines Feuer lässt sich bekanntlich schneller und einfacher löschen, als ein Großbrand. Das heißt konkret: Polizei und Kommunen müssen wissen, wann und wo welche Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und Straftaten gehäuft auftreten und wie hoch die Betroffenheit Dritter und die Opferwahrscheinlichkeit ist. Nur dann können sie frühzeitig gezielt mit präventiven Konzepten dort ansetzen. Ein wichtiger Baustein bei der Sicherheitsanalyse ist aber auch die persönliche und damit subjektive Einschätzung der Sicherheitslage durch die Bevölkerung, da sie ein Gradmesser für die Kriminalitätsfurcht ist. Im Rhein-Neckar-Kreis wurden zwischen 1997 und 2007 insgesamt zehn Bürgerbefragungen durchgeführt und von Herrn Prof. Dr. Hermann von der Universität Heidelberg wissenschaftlich begleitet, und zwar in den meisten großen Kreisstädten und in Heidelberg. Ziel der Erhebungen war es, das Ausmaß der physischen und sozialen Unordnung, – den sogenannten „incivilities“ – und der Kriminalitätsfurcht sowohl in räumlicher als auch in sozialer Hinsicht zu lokalisieren, so dass gezielte Maßnahmen gegen Defizite in diesen Bereichen vorgenommen werden konnten.

Durch diese Befragungen werden polizeiliche und kommunale Erkenntnisse über Straftaten, Ordnungsstörungen, soziale Problempunkte, sich abzeichnende Angsträume und andere sicherheitsrelevante Aspekte systematisch erhoben, zusammengeführt und analysiert. Dann folgt der entscheidende Schritt: konkrete Lösungen werden gesucht, vereinbart und angegangen. Die vernetzte kriminalpräventive Sicherheitsarbeit wird für die Beteiligten und natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger greifbar. Es werden verpflichtende Signale gesetzt, was gemeinsam angepackt werden soll.

## Sicherheitslage in Baden-Württemberg

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Sicherheitslage für Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2007 ansehen, so wird deutlich:

Seit Jahren ist Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer und weist mit die niedrigste Kriminalitätsbelastung auf. Mit 5.694 Straftaten pro 100.000 Einwohner stabilisiert sie sich auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres (2006: 5.680, Bundesdurchschnitt: 7.647). Dass dies so ist, ist kein Zufall. Vor allem aber ist es die konsequente Umsetzung unserer Sicherheitsphilosophie, die zu unserer insgesamt guten Sicherheitslage beiträgt. Auf den Punkt gebracht: Die Polizei geht schon im Ansatz, frühzeitig, ursachenorientiert und entschlossen vor - und zwar in allen Bereichen.

Mit 59,5 Prozent (2006: 59,9 Prozent) gab es 2007 wieder eine hervorragende Aufklärungsquote. Die Zahl der Straftaten hat sich nur geringfügig um 0,3 Prozent (1.596 Fälle) von 609.837 auf 611.433 erhöht.

Verschiedene Faktoren haben ein noch besseres Ergebnis verhindert. So wirkt sich beispielsweise der neue Straftatbestand „Nachstellen“ (Stalking), den ich ausdrücklich begrüße, erstmals statistisch mit zusätzlich 1.125 Fällen aus.

Allerdings müssen wir uns immer wieder fragen, welche neuen Trends es im Kriminalitätsgeschehen gibt, die wir durch neue Schwerpunktsetzungen auch im Präventionsbereich angehen müssen und da besteht kein Zweifel: Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Lassen Sie mich nur einige Felder skizzieren:

### Gewaltkriminalität – Jugendgewalt

Nachdem im Vorjahr der langjährige Aufwärtstrend bei der Gewaltkriminalität erstmals gestoppt werden konnte, sind die Fallzahlen 2007 wieder von 19.213 auf 20.229 Fälle (+5,3 Prozent) gestiegen.

Der Rückgang der Zahl erwachsener Gewalttäter um 2,2 Prozent (von 12.044 auf 11.779) ist erfreulich. Diese Entwicklung ist aber durch den starken Anstieg der Gewaltstraftaten bei den unter 21-Jährigen um 10,5 Prozent (von 9.121 auf 10.076 Tatverdächtige) überschattet. Nach wie vor ist der Anteil nichtdeutscher Jungtäter an den Gewalttaten mit 30,2 Prozent (3.047) zu groß. Für mich steht außer Frage, dass die Jugendgewalt aktuell das größte Problem und eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft darstellt.

Alkohol als Katalysator für Gewalt und das gegenseitige Hochschaukeln in der Gruppe

spielen weiterhin eine große Rolle: Fast jeder dritte junge Gewalttäter (29,3 Prozent) stand 2007 bei der Tatbegehung unter Alkoholeinfluss und jeder zweite handelte (52,5 Prozent) mit anderen gemeinsam.

Wir alle haben noch den Heilbronner Fall vom 9. Januar 2008 vor Augen. Eine Gruppe von drei jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten im Alter von 16, 19 und 22 Jahren, zog alkoholisiert, provozierend und aggressiv und schlägernd am helllichten Tag über die Theresienwiese. Als letztes Opfer wird ein 73 Jahre alter Rentner zu Boden geschlagen und hierbei lebensgefährlich verletzt. Und nur weil dieser couragiert verhindern wollte, dass die Gedenktafel für unsere 2006 dort ermordete Kollegin Michéle Kiesewetter beschädigt wird - ein symptomatischer Fall für Jugend- und Gruppengewalt unter Alkoholeinfluss.

Vor dem Hintergrund des zum Teil äußerst problematischen Alkoholkonsumverhaltens junger Menschen hat sich die Regierungskoalition am 4. März darauf verständigt, ein Gesetzgebungsverfahren zu einem beschränkten Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen und anderen Verkaufsstellen in der Zeit von 22 bis 05 Uhr auf den Weg zu bringen, um die schnelle Verfügbarkeit von Alkohol in den Abend- und Nachtstunden zu reduzieren.

Bei Gewalttaten ist eine schnelle staatliche Reaktion erforderlich. Dass dieser Gedanke für die Polizei des Landes nicht neu ist, zeigt das schon seit 1999 bestehende Programm „Jugendliche Intensivtäter“ (JUGIT). Derzeit sind landesweit in das Programm 519 Jungtäter einbezogen, hier im Rhein-Neckar-Kreis sind es 31 junge Delinquenten.

Die Erfahrungen aus dem bundesweit beachteten Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart sind inzwischen flächendeckend umgesetzt worden, um schnell und konsequent auf das Fehlverhalten Jugendlicher zu reagieren.

Wir setzen aber nicht erst bei den Intensivtätern an, wenn das Kind schon tief im sprichwörtlichen Brunnen steckt. Wir wollen verhindern, dass junge Menschen dauerhaft in die Kriminalität abgleiten. Wir müssen bei diesen Schwellentätern frühzeitig und behördenübergreifend vernetzt intervenieren und dafür sorgen, dass ihr delinquentes Verhalten episodenhaft bleibt.

Im Land stehen für diese Aufgaben über 1.000 speziell fortgebildete Jugendsachbearbeiter zur Verfügung.

Ich bin mir bewusst, dass es bei der Gewaltproblematik keine schnellen Erfolge geben wird. Hier brauchen wir bei unserer Präventionsarbeit einen langen Atem und einen Schulterschluss mit allen Partnern der Kommunalen Kriminalprävention. Die Entwicklung weg von Gewalt und Aggression kann nur längerfristig bewirkt werden. Und ganz wichtig:

Hier ist die Gesellschaft insgesamt gefordert, und in besonderem Maße die Familien und alle, die in der Erziehungs- und Jugendarbeit tätig sind.

Die Polizei des Landes war maßgeblich an der Aufdeckung einer islamistischen Terrorzelle im September 2007 beteiligt. Wir dürfen jedoch trotz dieses Erfolgs nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Gefahr durch den islamistischen Terrorismus ist nach wie vor akut. Die Polizei Baden-Württemberg hat auf die verschärfte Bedrohungslage erneut schnell reagiert. Mit der kurzfristig vorgenommenen Verstärkung der Mobilien Einsatzkommandos stehen künftig mehr professionelle Observationskräfte für die Bekämpfung abgeschotteter Terrorstrukturen zur Verfügung. Die im Dezember 2007 neu eingerichteten fünf „regionalen Ermittlungsgruppen islamistischer Terrorismus“ (REGIT) bei den Landespolizeidirektionen und dem Polizeipräsidium Stuttgart werden den Verfolgungsdruck auf islamistisch-terroristische Kreise weiter erhöhen. Wir haben das Netz der Terrorfahnder in der Fläche noch engmaschiger gezogen.

Der Terrorismus wird nicht nur importiert, sondern entsteht inzwischen leider auch in der Mitte unserer Gesellschaft. Nur im Dialog mit der muslimischen Bevölkerung kann den Radikalen der Nährboden für Hass und Gewalt entzogen werden. Diesen Weg beschreitet Baden-Württemberg schon seit langem. Hier sehe ich für die Polizei im Land mit den inzwischen über 200 Ansprechpartnern für örtliche Moscheevereine eine Vorreiterrolle, was die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und die Schaffung von Vertrauen angeht. Wir müssen diesen interkulturellen Dialog mit besonderem Fingerspitzengefühl führen. Die Zusammenarbeit der Polizei mit den Moscheevereinen ist der richtige Weg und muss weiter intensiviert werden. Ziel muss es sein, die Moscheevereine dauerhaft in die lokalen Strukturen der Kommunalen Kriminalprävention zu integrieren. Wir müssen darauf achten, dass randständige junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht dauerhaft außerhalb unserer Gesellschaft stehen. Oder anders ausgedrückt: Wo Integration misslingt, kommt es über kurz oder lang zu Problemen, die letztlich in Gewalt und Kriminalität umschlagen.

Natürlich können wir als Polizei Integrationsdefizite und Tendenzen sich andeutender Parallelgesellschaften nicht beseitigen. Aber was wir können: Den Finger in die Wunde legen und auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen. Wir können auch Anstöße geben und gemeinsam mit anderen Akteuren dazu beitragen, dass ursachenorientiert gegen Kriminalität vorgegangen wird.

Der Anstieg bei der Internetkriminalität um 25,5 Prozent oder 3.944 Fälle gegenüber dem

Vorjahr (von 15.437 auf 19.381) ist auch auf die aktive Fahndung der Polizei im Internet zurückzuführen. Steigende Fallzahlen zeigen, dass es mehr und mehr gelingt, beispielsweise den Tätern bei der besonders perfiden Kinderpornografie das Handwerk zu legen. Die Polizei hat 2007 mehr als die doppelte Zahl derartiger Fälle ermittelt (Anstieg um 102,2 Prozent von 461 auf 932 Fälle).

Inzwischen ist das Internet auch die Propaganda- und virtuelle Trainingsplattform des islamistischen Terrorismus und trägt zur Radikalisierung junger Muslime bei. Mit einem „medialen Jihad“ wird zum Hass gegen den Westen aufgerufen, eine ideologische Rechtfertigung für Terroranschläge geliefert und werden konkrete Anleitungen zum Bombenbau verbreitet. Mit der Verdopplung der „Anlassunabhängigen Internet Recherche (AIR)“ beim LKA von fünf auf zehn Beamte richtet die Polizei verstärkt ihr Augenmerk auf diesen dunklen Teil des Internet.

Die Bekämpfung dieser Internet-Kriminalität ist deshalb eine weitere zentrale polizeiliche Herausforderung in der nächsten Zeit.

#### Entwicklung der Kommunalen Prävention in Baden-Württemberg

Die These, „Kriminalprävention ist fester Bestandteil der Kommunalpolitik“, entspricht der Gemeindeordnung Baden-Württembergs, wonach die Gemeinden alle öffentlichen Aufgaben in ihrem Gebiet alleine und unter eigener Verantwortung verwalten. Stichwort: Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Kriminalprävention muss deshalb als dauerhafter kommunaler Planungsgegenstand verstanden werden, sozusagen Sicherheit als Standortfaktor. Der enge Schulterschluss auf der Landesebene zwischen Innenministerium, Polizei und dem Städte-, Gemeinde- und Landkreistag ist bundesweit einmalig und damit wesentlicher Erfolgsfaktor unserer Präventionsarbeit.

Kommunale Kriminalprävention darf allerdings nicht schablonenartig von oben diktiert werden. Niemand weiß besser, wo der Schuh drückt, als die Betroffenen und Verantwortlichen vor Ort. Daher haben wir bei der landesweiten Umsetzung der kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg bewusst kein „Korsett“ vorgegeben. Jede Kommune hat ihre eigene Struktur und benötigt damit ihre eigene maßgeschneiderte Präventionsarbeit.

Dieser Erkenntnis folgend haben wir die Präventionsarbeit in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren nachhaltig ausgebaut. Wir haben sie konsequent ursachenorientiert angelegt und noch stärker mit anderen Institutionen und Partnern vernetzt.

Für mich hat sich dabei die gemeinsame Rahmenvereinbarung zwischen den

kommunalen Landesverbänden und dem Innenministerium aus dem Jahr 1997 als solides Fundament unserer Zusammenarbeit erwiesen. Sie hat sich landesweit zur primären Ausgangsplattform von erfolgreichen Präventionsinitiativen entwickelt.

Zentraler Baustein dieser im Zuge der Verwaltungsreform 2004 fortgeschriebenen Vereinbarung ist auch die Einrichtung von Koordinierungsstellen Kommunale Kriminalprävention in den Kommunen und Landkreisen.

Bereits im Juni 2002 haben wir beim Innenministerium das „Projektbüro Kommunale Kriminalprävention“ eingerichtet, um die vielfältigen Aktivitäten zur Verhütung von Straftaten auch auf Landesebene bereits in der Ideenfindungs- und Planungsphase zu bündeln. Auch wollen wir eine permanente ressortübergreifende Gestaltung kriminalpräventiver Konzepte gewährleisten. Dieses Projektbüro Kommunale Kriminalprävention besteht aus Vertretern des Kultus-, Sozial-, Justiz- und Innenministeriums sowie der Kommunalen Landesverbände und sorgt vor allem für einen kontinuierlichen Ausbau der kriminalpräventiven bürgerorientierten Arbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Meine Herren Bürgermeister, ich glaube viele Kommunalpolitiker haben währenddessen erkannt, dass in der Kommunalen Kriminalprävention auch kommunalpolitische Chancen stecken.

Auch der Polizei hat die Präventionsarbeit in den zurück liegenden Jahren gut getan. Sie hat sich geöffnet, sie ist transparenter und kommunikativer geworden. Die Präventionsarbeit hat viel zum positiven Image der Polizei beigetragen. Wir sind heute ein geschätzter Partner, der sich mit seinem Fachwissen einbringt, Gehör findet und als Bürgerpolizei hohes Vertrauen genießt. Aber, um es deutlich zu sagen: Polizeibeamte sind keine Sozialingenieure und wollen auch keine sein. Wir können nicht die Aufgaben von Lehrern, Suchtberatern und Sozialarbeitern übernehmen. Gerade angesichts knapper werdender Ressourcen gilt es, wo immer möglich, Kooperationen einzugehen und aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung auch für die Strafverfolgung, denn rund 90 % aller Ermittlungsverfahren beruhen auf Strafanzeigen aus der Bürgerschaft.

Die richtige Gewichtung und sinnvolle Verzahnung von repressiven und präventiven Ansätzen und die daraus entstandenen Sicherheitskonzepte haben viel dazu beigetragen, dass Baden-Württemberg auch in Sachen Sicherheit ein „Musterländle“ ist. Mit der Kommunalen Kriminalprävention haben wir ein lebendiges, funktionierendes Netzwerk für mehr Sicherheit. Ich bin allen Kommunalverantwortlichen in Baden-

Württemberg äußerst dankbar, dass sie so engagiert in diesem Bereich der Prävention mitziehen.

An bislang 705 erfassten Projekten der kommunalen Kriminalprävention in über 300 Städten, Gemeinden und Landkreisen wird deutlich, dass die Polizei nicht nur für den kurzfristigen Erfolg arbeitet, sondern sich zusammen mit ihren Partnern in der kommunalen Kriminalprävention intensiv um die Verhütung von Kriminalität kümmert. Gerade in den erkannten Problemfeldern wie beispielsweise der Jugendgewalt oder bei der wichtigen Aufgabe der Integration von Ausländern und Migranten zahlt sich eine gute Prävention mittel- und langfristig aus, vor allem wenn sie sich passgenau am aktuellen Kriminalitätsgeschehen orientiert. Der Polizei des Landes kommt es angesichts endlicher Ressourcen besonders darauf an, dass sie mit ihren Maßnahmen zielgruppenorientiert gerade an den erkannten Brennpunkten ansetzt.

Allein 295 Präventionsprojekte sind auf die Verhinderung und Eindämmung der Gewalttaten Jugendlicher zugeschnitten, 156 stellen die Integration in den Mittelpunkt. Aktuell werden mit Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg 86 Modellprojekte in einem Gesamtvolumen von 930.000 Euro gefördert, im Schwerpunkt 50 Projekte zur Gewaltprävention bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Bei allem Engagement, das die Polizei einbringt und das sie personell stark belastet, müssen wir uns jedoch darüber im Klaren sein, dass nur eine Kraftanstrengung der gesamten Gesellschaft letztlich Erfolg verspricht. Und wie dies gelingen kann, zeigen Sie hier vor Ort eindrucksvoll.

Verein Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V.

Es ist nicht nur sehr erfreulich, sondern es belegt darüber hinaus die große Akzeptanz des Vereins Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar, dass sich seit der Gründung vor mehr als zehn Jahren alle 54 Städte und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises angeschlossen haben. Die fast 230 Vereinsmitglieder kommen inzwischen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Bogen spannt sich von den Kommunen und der Polizei über die Fachleute der Sozial- und Jugendarbeit bis zu Elternvertretern, Wissenschaftlern und Juristen, um nur einige zu nennen, darunter viele einflussreiche Persönlichkeiten.

Kommunale Kriminalprävention im „Heidelberger Modell“ ist somit eine Vernetzung von

Polizei, Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Auf polizeilicher Seite ist eine dreiköpfige Arbeitsgruppe bei der Polizeidirektion Heidelberg engagiert. Deren Arbeit wird vom Leiter der Polizeidirektion Heidelberg unterstützt und gefördert. Zudem gibt es bei jedem Polizeirevier einen Verantwortlichen für Präventionsaufgaben. Auf Seiten der Gemeinden haben Oberbürgermeister, Bürgermeister, Ordnungsamtsleiter und lokale Lenkungsgruppen die Verantwortung übernommen - dafür nochmals an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an die Verantwortlichen in den Kommunen, beim Landkreis und bei der Polizei.

Die Vereine 'Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V.' und 'Sicheres Heidelberg "SicherHeid" e.V.' sind koordinierend und unterstützend tätig. Die wissenschaftliche Leitung – und hier haben Sie in Heidelberg einen äußerst gewinnbringenden universitären Standortfaktor - obliegt dem Institut für Kriminologie. Gerade in Zeiten immer knapper werdenden Ressourcen ist es unverzichtbar, Projekte und Initiativen hinsichtlich deren Wirksamkeit und Abläufe zu überprüfen. An dieser Stelle gilt mein Dank Herrn Professor Dr. Hermann vom Kriminologischen Institut der Universität Heidelberg für die Begleitforschung. Auch die letzte „Evaluationsstudie Bürgerbefragung Schwetzingen“ hat belegt, dass die Kriminalitätsfurcht dort erheblich reduziert werden konnte.

Es ist übrigens wichtig, gezielt Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit in der Kommunalen Kriminalprävention zu gewinnen und das Ehrenamt und das Bürgerschaftliche Engagement auf breiter Front zu fördern. Was damit bewirkt werden kann, zeigt sich in vielen hervorragenden, sinnvollen Beispielen hier bei Ihnen im Rhein-Neckar-Kreis:

Es würde hier den Rahmen sprengen, die vielfältigen und oft innovativen Aktivitäten des Vereins Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar-Kreis darzustellen. Im Übrigen kennen Sie diese als Vereinsmitglieder besser als ich. Sie haben sich als Schwerpunkte gesetzt: Schule als Ort des sozialen Lernens, städtebauliche Kriminalprävention, Opferschutz, soziale Integration, die weitere Vernetzung von Kriminalprävention und Verkehrssicherheitsarbeit sowie Aspekte des demografischen Wandels und greifen damit wichtige Themen auf. Aus der Vielfalt der Aktivitäten möchte ich nur ein paar wenige Präventionsprojekte ansprechen. Soziales Lernen und Gewaltprävention greifen

beispielsweise als Thema auf:

der „Rote Faden“ (Förderprojekt der Landesprävention) als Schulcurriculum „Soziales Lernen“ für Grund- und Hauptschulen, der in Zusammenarbeit mit der Erziehungswissenschaftlerin Frau Dr. Hoge von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe, die ich ebenfalls hier begrüßen darf, entwickelt wurde, das Ganzjahresprojekt „Gewaltfreie Klasse als Konfliktschlichter“, das Angebot des Heidelberger Marionettentheaters „Troll Toll“, welches der Verein maßgeblich mitentwickelt hat und bei dem mit den Kindern die Themen Gewalt, Geschlechterkonflikt, Mein & Dein, Toleranz und süchtiges Verhalten theaterpädagogisch bearbeitet werden. Die beiden Evaluationsstudien des Instituts für Kriminologie an der Universität Tübingen belegen die Wirksamkeit dieses Ansatzes bei Kindern im Grundschulalter. Die Aufführungen wurden schon von mehr als 35.000 Kindern in ganz Süddeutschland gesehen und ich freue mich, dass Frau Heinstein (Leiterin und Marionettenspielerin) heute selbst hier anwesend ist, das Gewaltpräventionsprogramm „Faustlos“ für Grundschulen und Kindertagesstätten, das neuerdings auch für die Sekundarstufe verfügbar ist.

Als innovative Projekte, die auch das Kriminalitätsoffer im Blickfeld haben, möchte ich erwähnen:

das Opferschutzprojekt „Würde“, bei dem Opfern von Gewaltdelikten ganz konkret dadurch geholfen wird, dass ihnen hygienische Wechselkleidung zur Verfügung gestellt wird. Es sind manchmal ganz einfache Dinge, die helfen.

den Heidelberger Opfer-Fonds, der verurteilten Jungtätern die Chance bietet, über gemeinnützige Arbeit 5 Euro je Stunde zu verdienen, mit dem dann die Opfer entschädigt werden können.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Vernetzung von Behörden und Institutionen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention ist für mich beispielgebend:

das Projekt „Rüstig und fit - da mach ich mit!“ an dem neben der Polizeidirektion Heidelberg unter anderem die Gesellschaft zur Förderung aktivierender Maßnahmen im Alter, die Akademie für Ältere, die Seniorenzentren, die Aktion „Gib Acht im Verkehr“ sowie der Förderverein Sicheres Heidelberg und der Verein Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar beteiligt sind. Es wurden Angebote für Seniorinnen und

Senioren erarbeitet zur Erhaltung der Beweglichkeit, zur Reduzierung von Kriminalitätsfurcht, zur Stärkung des Selbstbewusstseins und zur Verbesserung der Teilnahme am Straßenverkehr.

Der interdisziplinäre Ansatz, der neben kriminalpräventiven Inhalten auch auf Fragen der Verkehrssicherheit eingeht, wurde im Übrigen durch das Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg wissenschaftlich begleitet und als sehr vielversprechend bewertet. Abschließend möchte ich noch ein „Kurpfälzer Bündnis“ erwähnen, bei dem sich die Präventionsvereine „Sicherheit in Mannheim (SiMA) e.V., Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V. und Sicheres Heidelberg (SicherHeid) e.V.“ erstmals in der Metropolregion Rhein-Neckar partnerschaftlich zusammengetan haben, um mit der Initiative „beistehen statt rumstehen“ zur Förderung einer Kultur des Hinschauens und Helfens Menschen auszuzeichnen, die sich im Alltag als Helfer in der Not bewährt haben.

#### Herausforderungen der Zukunft

Meine Damen und Herren, der von der Landesregierung eingeschlagene Weg der notwendigen Haushaltskonsolidierung hat uns den Weg versperrt, wie in der Vergangenheit neuen Aufgaben und Herausforderungen für die Polizei des Landes quasi reflexartig in gleichem Maße mit einem Mehr an Personal und Finanzmitteln zu begegnen. Im Gegenteil, wir müssen in der Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit des Landes Personalkosten reduzieren. Die Polizei ist von dem notwendigen Personalabbau nicht ausgenommen. - Und dennoch haben wir angesichts der großen Herausforderungen für die Polizei und angesichts der sich sehr ungünstig entwickelnden Alterstruktur ab diesem Jahr einen Einstellungskorridor für jährlich 800 Polizeianwärter und -anwärterinnen vorgesehen. Das heißt konkret, wir stellen mehr Nachwuchskräfte ein, als durch Altersabgänge aus der Polizei ausscheiden. Zudem wird der Stellenabbau bei Angestellten und Arbeitern gestoppt. Bei der Ausstattung der Polizei hat das Land im Jahr 2007 mehr als 15 Millionen Euro investiert, für 2008 werden zusätzliche 17 Millionen Euro bereitgestellt.

Sie sehen, die Sicherheit für die Menschen ist für die Landesregierung ein wichtiger Schwerpunkt.

Die sozialen Gegensätze verschärfen sich nicht nur weltweit, sondern auch bei uns, in unserer Gesellschaft. Hinzu kommen demografische sowie kulturelle Umbrüche. Fakt ist:

Wir werden älter - und durch die Geburtenrückgänge - auch immer weniger. Auch leben immer mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund bei uns in Deutschland. Wir müssen darauf achten, dass randständige junge Menschen nicht dauerhaft außerhalb unserer Gesellschaft stehen. Denn wo Integration misslingt, kommt es über kurz oder lang zu Problemen, die letztlich in Gewalt und Kriminalität umschlagen. Die Unruhen in unseren Nachbarländern Frankreich und Dänemark geben zu denken. Der regelmäßige Umgang der Polizei unseres Landes mit Menschen anderer Kulturkreise, sei es als Anzeigeeerstatte, Zeugen oder Tatverdächtige, ist polizeilicher Alltag. Die Förderung der interkulturellen Kompetenz bei der Polizei und anderen Behörden, beispielweise bei den Ausländerbehörden, ist auch ein Schritt zur Integration und kann dazu beitragen, Ausgrenzung und Abschottung, die letztlich unseren sozialen Frieden bedrohen, zu reduzieren.

Wir wollen keine nur auf Repression ausgerichtete Polizei. Prävention gehört zum Kerngeschäft polizeilicher Arbeit. Und das bleibt auch so. Denn - davon bin ich überzeugt - Prävention zahlt sich auf Dauer aus. Für mich gilt der Leitsatz „Nicht an, sondern durch Prävention sparen!“ Nicht umsonst weist Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern seit Jahren mit die niedrigste Kriminalitätsbelastung auf. Die kriminalpräventive Arbeit von Polizei und Kommunen zeigt Wirkung. Wir sehen dies im deutlichen Rückgang der Straßenkriminalität und dem gestärkten Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Prävention ist ein zentraler Aufgabenbereich, der an Bedeutung stetig wächst. Und es ist ja nun auch belegbar, beispielsweise hier im Rhein-Neckar-Kreis, dass eine zielgerichtete Prävention messbare Erfolge bringt.

Ich möchte Sie in Ihrer wertvollen Arbeit bestärken. Nutzen Sie auch weiterhin die Chancen, die in Kommunalen Kriminalprävention stecken. Sie haben es selbst in der Hand, etwas gegen die Probleme in unseren Städten und Gemeinden zu tun. Hierbei wird die Polizei ein verlässlicher Partner bleiben, auf den Sie zählen können. Es sind die vielen kleinen Schritte von Ihnen allen, die uns gemeinsam voranbringen.

Ich darf Sie abschließend schon jetzt zu unserem Fachkongress „NETZWERKE KOMMUNALER PRÄVENTION – Erfolgsmodelle für weniger Kriminalität und mehr Verkehrssicherheit in Zeiten knapper Kassen“ einladen, den wir mit Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg am 8. Mai 2008 in Mannheim, also in der Metropolregion Rhein-Neckar, veranstalten. Ich freue mich auf ein Wiedersehen.“